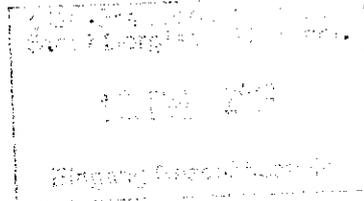


An die Vorsitzende des Ausschuss für Soziales,
Wohnungswesen,
Demografie und Gleichstellung
Frau Holtzmann
CDU- Fraktion
- Im Hause-



Fraktionsbüro
Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad- Adenauer- Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Öffnungszeiten:
Mo.: 15:00-18:00
Di u. Do: 9:00-14:00
Tel.: 02202/142242

Bergisch Gladbach, 04.025.2019

Anfrage für den ASWDG am 21.02.2019

**Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 1.1.2020 für Menschen mit Behinderung,
die in stationären Wohnangeboten leben**

Sehr geehrte Frau Holtzmann,

wir bitten darum, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung zu setzen.

Wie der Verwaltung bekannt ist, gehen ab dem 1.1.2020 die so genannten existenzsichernden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die in stationären Wohnangeboten leben, in die Zuständigkeit der örtlichen Träger über. Die Leistungsberechtigten müssen vor Ort zeitgerecht einen Antrag auf Grundsicherung stellen, damit die Kosten der Unterkunft ab dem 1.1.2020 durch den Grundsicherungsträger gedeckt werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist in der Verwaltung bekannt, wie viele Menschen zur Zeit in Bergisch Gladbach in stationären Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe leben und voraussichtlich einen Antrag auf Grundsicherung stellen werden?
2. Ist die Verwaltung auf die Bearbeitung der zusätzlichen Anträge in 2019 personell vorbereitet?
3. Als angemessen gelten die Kosten der Unterkunft, wenn sie die durchschnittliche Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Sozialhilfeträgers nicht oder unter bestimmten Voraussetzungen um nicht mehr als 25% übersteigen. (§ 42 a, Abs. 5-7 SGB XII ab 01.01.2020) Gibt es ein schlüssiges

Konzept zur Feststellung der Vergleichsmiete und wenn ja, wie hoch ist dieser Betrag?

4. Beabsichtigt die Verwaltung, Menschen mit Behinderung, Wohnheim-Leitungen oder gesetzliche Betreuer*innen der betroffenen Menschen mit Behinderung aktiv über die geänderte Gesetzeslage und die erforderliche Antragstellung zu informieren?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Edeltraud Schundau
Fraktionsvorsitzende



Annemie Scheerer
sozialpolitische Sprecherin